

■ Die GEW begrüßt, dass heutige Jugendliche aus den Schulen in Bremen und Bremerhaven ihre Kritik an der verantwortungslosen Klimapolitik von Regierungen weltweit auf die Straße tragen. In bester Weise setzen sie die Bildungsziele um, die aus dem Bremischen Schulgesetz erwachsen, zu allererst die »Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen« (§ 5 (2) Nr. 1). Über politische Einschätzungen kann man viel diskutieren – herausragend an dem Agieren der jungen Menschen

## Friday-for-Future- Streik setzt Bildungsziele um

GEW begrüßt Aktionen: Jugendliche erfüllen Demokratie mit Leben

Von Christian Gloede

ist jedoch, dass sie auch praktisch für ihre Überzeugungen eintreten. Im Übrigen verwirklichen sie damit ein Gebot der Bremer Landesverfassung. In den dort festgeschriebenen Aufgaben der Erziehung heißt es u. a., dass sie dazu befähigt werden sollen, »das als richtig und notwendig Erkannte zu tun« (Artikel 26).

Die Schüler\*innen zeigen damit ein Engagement, welches man ihnen von verschiedener Seite nicht zugestehen will. Im gesellschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik sind in den vergangenen Tagen wiederholt Stim-

men laut geworden, die auf einen Protest außerhalb der Schulzeit drängen, nach Möglichkeit am Wochenende. Damit alles im Rahmen bleibt!

Das darf es aber nicht, wenn Wirkung erzielt werden soll. Der Freitagmorgen ist der richtige Termin und alle Lehrkräfte, Schulleitungen, Senatorinnen und Dezernenten, die den Jugendlichen alle notwendige Unterstützung zuteil werden lassen, handeln richtig. Unentschuldigtes Fehlen kann natürlich in der Schule als solches benannt und registriert werden. Wir rufen die Kolleg\*innen an den Schulen aber auf keine darüber hinausgehenden Sanktionen zu

verhängen. Die GEW hatte den Schüler\*innen in einem Offenen Brief bereits die Solidarität übermittelt.

Natürlich fordern die Demonstranten die Politik heraus. Entscheidungen zu Klima, Lebensbedingungen, Gerechtigkeit und Verteilung des Wohlstandes werden in Parlamenten, in Vorständen großer Unternehmen und Banken getroffen. Diese Personen sind verantwortlich – und müssen als solche benannt werden. Die Jugendlichen, die heute streiken, begehren auf. Sie sollten als Vorbild dienen, wenn es darum geht, Demokratie mit Leben zu erfüllen.



Engagement für den Klimaschutz vor dem Hauptbahnhof. Foto: Kleemann

## Solidarbeitrag für Geringverdiener\*innen

■ Gute Neuigkeiten: Der GEW-Mindestbeitrag beläuft sich zur Zeit auf 10,96 Euro monatlich. Dieser beinhaltet im Gegensatz etwa zum günstigeren Arbeitslosenbeitrag alle

Leistungen der GEW, auch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz, Streikgeld und die Berufshaftpflichtversicherung für pädagogische Tätigkeit (inklusive Schlüsselversicherung).

Da der Mindestbeitrag für Kolleg\*innen mit sehr geringem Verdienst eine große Hürde sein kann, hat der Landesverband Bremen beschlossen,

einen Solidarbeitrag einzuführen\*: Mitglieder mit einem monatlichen Bruttogehalt unter 750,00 Euro können im November eine Rückzahlung von 50,00 Euro für das Kalenderjahr beantragen. Voraussetzung ist die Vorlage der Gehaltsabrechnung.

\*Diese Regelung gilt zunächst für das Jahr 2019.